

Ergebnisprotokoll
der 23. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 30.11.2017

Beginn: 16:20

Ende: 17:35

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Herr Staatsrat Deutschendorf

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Crueger
Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Frau Dr. Schaefer
in Vertretung für Herrn Bücking

Die Linke

entschuldigt

FDP-Fraktion

Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Dr. Kumpfer
Frau Rüpke
Frau Kamp
Herr Viering
Herr Dr. Sünemann
Herr Dr. Becker
Herr Eickhoff
Herr Krämer
Herr Hürter
Herr Knode
Frau Kulmann
Frau Zimmermann
Frau Pieper
Herr Donaubauer

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

Amt für Straßen und Verkehr
Bauamt Bremen Nord

III Gäste

Herr Oertel

Naturschutzbeirat

IV Gastdeputierte

Herr Hamann
Frau Schiemann
Herr Imhoff
Herr Schwarz

SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
CDU-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 23. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass zu **TOP 4 eine Austauschseite** auf den Tischen ausliegt. Es wird zuerst TOP 5 aufgerufen, danach TOP 4.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen <ul style="list-style-type: none">• Protokoll der Sitzung vom 02.11.2017	
-------	---	--

vertagt

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 5	Flächennutzungsplan Bremen, 7. Änderung -Oberneuland (Mühlenfeldstraße)- (Bearbeitungsstand: 23.10.2017) -FB 01-	Vorlage 19/342
-------	--	-------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass in Kenntnis der geänderten Planungsziele der Planbereich der 7. Flächennutzungsplanänderung gegenüber dem im Planaufstellungsbeschluss vom 06.09.2007 festgelegten Gebiet erweitert werden soll.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Planes zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen für ein Gebiet in Oberneuland (Mühlenfeldstraße) (Bearbeitungsstand: 23.10.2017) einschließlich Begründung zu.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Planes zur 7. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen für ein Gebiet in Oberneuland (Mühlenfeldstraße) (Bearbeitungsstand:*

23.10.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 4	Bebauungsplan 2370 für ein Gebiet in Bremen - Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße, Mühlenfeldstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg (Bearbeitungsstand: 23.10.2017) - öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/343 (S)
--------------	---	-----------------------

Herr Pohlmann verweist auf die ausliegende Austauschseite.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass das Plangebiet für den aufzustellenden Bebauungsplan 2370 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße, Mühlenfeldstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg (Bearbeitungsstand: 07.11.2017) erweitert wird und stimmt den geänderten Planungszielen zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2370 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße, Mühlenfeldstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg (Bearbeitungsstand: 07.11.2017) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2370 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland zwischen Rockwinkeler Heerstraße, Mühlenfeldstraße und Eisenbahnlinie Bremen-Hamburg (Bearbeitungsstand: 07.11.2017) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 130 für die Errichtung eines Büro- und Geschäftshauses in Bremen Altstadt zwischen Obernstraße und Langenstraße einschließlich der Kleinen und Großen Waagestraße (Bearbeitungsstand: 13.09.2017) -Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung -Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB 01-	Vorlage 19/339
--------------	---	---------------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanentwurfes 130 abgesehen wird.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 130 für die Errichtung eines Büro- und Geschäftshauses in Bremen Altstadt zwischen Obernstraße und Langenstraße einschließlich der Kleinen und Großen Waagestraße (Bearbeitungsstand: 13.09.2017).

Einstimmig

TOP 7	Bebauungsplan 2490 (Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 32) für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Reiherstraße und der Eisenbahnstrecke Bremen–Bremerhaven (Bearbeitungsstand: 26.07.2016) -FB 01-	Vorlage 19/340
--------------	---	---------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplan 2490 (Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 32) für ein Gebiet im Bremen-Gröpelingen zwischen Reiherstraße und der Eisenbahnstrecke Bremen–Bremerhaven (Bearbeitungsstand: 26.07.2016).

Einstimmig

TOP 8	1. Änderung des Bebauungsplanes 1218 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Vegesacker Hafen, Friedrich-Klippert-Straße, Zum Alten Speicher, Zum Alten Tief, Kantjespad und der Lesum (Planaufstellungsbeschluss, beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB) -BBN-	Vorlage 19/336
--------------	---	---------------------------

Frau Dr. Schaefer betont, dass eine hohe städtebauliche Qualität der Bebauung in dieser Lage wichtig sei. Die Bebauung müsse sich in das maritime Umfeld einbetten. Außerdem dürfe die zukünftig zugelassene Verkaufsfläche nicht zu Lasten der Vegesacker Geschäfte in der Fußgängerzone gehen.

Herr Schwarz schließt sich der Maßgabe nach maritimer Gestaltung an, diese bedeute z.B. eine Verblendfassade und Ziegel und nicht hohe Kästen wie in der Überseestadt. Hier bedarf es etwas Fingerspitzengefühl.

Frau Dr. Reuther berichtet, dass ein Wettbewerb zur Qualifizierung des Standortes durchgeführt werden solle.

Herr Buchholz bittet zu überdenken, ob an diesem Standort in der Nähe der Grohner Düne und des Bahnhofsplatzes unbedingt die Sozialwohnungsquote eingehalten werden müsse.

Herr Donaubauer erinnert an den grundsätzlich einzuhaltenden Beschluss des Senats zur Sozialwohnungsquote. Die angestrebte Verkaufsflächenobergrenze werde in Übereinstimmung mit dem kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzept in Bremen und dem regionalen Zentren- und Einzelhandelskonzept geprüft werden.

Frau Sprehe begrüßt, dass auch bezahlbarer Wohnraum entstehen solle.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass es gerade in Bremen Alleinerziehende seien, die von Armut am meisten betroffen und auf eine Sozialwohnung angewiesen seien.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand: 30.10.2017) bezeichnete Gebiet in Bremen - Vegesack zwischen Vegesacker Hafen, Friedrich-Klippert-Straße, Zum Alten Speicher, Zum Alten Tief, Kantjespad und der Lesum die 1. Änderung des Bebauungsplanes 1218 aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes 1218 für das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand: 30.10.2017) bezeichnete Gebiet in Bremen - Vegesack zwischen Vegesacker Hafen, Friedrich-Klippert-Straße, Zum Alten Speicher, Zum Alten Tief, Kantjespad und der Lesum im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt werden soll.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.

Einstimmig

TOP 9	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand September 2017 -1-	Vorlage 19/337 L/S
--------------	--	--------------------------------------

Siehe auch Protokoll der 23. staatlichen Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 30.11.2017.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht über das Produktgruppencontrolling zur Kenntnis.

TOP 10	Entwicklung des Kellogg`s - Geländes in der Überseestadt (Letter of Intent) -7, 6-	Vorlage 19/341
---------------	--	---------------------------

Auf die Frage von **Herrn Buchholz** nach dem Zeithorizont insgesamt antwortet **Herr Senator Dr. Lohse**, dass es unterschiedliche Verhältnisse auf Teilen der Fläche gebe, hinsichtlich Hochwasserschutz aber auch hinsichtlich Altlasten. Die vorderen Teile des Kellogg´s-Geländes seien deutlich leichter zu erschließen und in Nutzung zu bringen, andere Teile erforderten Altlastenerkundungen und möglicherweise auch –sanierungen, was deutlich länger dauern werde. Insofern könne kein verlässlicher Zeithorizont genannt werden.

Frau Prof. Dr. Reuther ergänzt, dass jetzt für ein Gebiet, das bis dato als Industrie- und Gewerbefläche deklariert und genutzt war, damit begonnen werde, eine neue städtebauliche Entwicklung zu konzipieren. Anschließend müsse dort neues Planungsrecht geschaffen

werden. Hinzu kommen Themen wie Erschließungsmaßnahmen und Hochwasserschutz. Insgesamt sei dies eine sehr große und komplexe Angelegenheit, die Jahre dauern werde.

Beschluss:

- 1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die in Anlage 1 zur Entwicklung des Kellogg's-Geländes in der Überseestadt am 30.10.2017 beschlossene Senatsvorlage sowie den unterzeichneten Letter of Intent zur Kenntnis.*
- 2. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt die in Anlage 1 zur Entwicklung des Kellogg's-Geländes in der Überseestadt am 30.10.2017 beschlossene Senatsvorlage sowie den unterzeichneten Letter of Intent zur Kenntnis.*

TOP 11	Maßnahmen zur zeitnahen Bereitstellung von Klassenraumkapazitäten in der Stadtgemeinde Bremen -Verfahrensvereinfachung zur Bereitstellung der zusätzlichen Kapazitäten für das Schuljahr 2018/2019 -6-	Vorlage 19/355
---------------	---	---------------------------

Frau Neumeyer möchte wissen, ob dieses Verfahren auch auf Umbauten von schon bestehenden, festen Gebäuden oder bei Neubauten Anwendung finden könne.

Herr Schwarz fragt, wann die Bildungsbehörde an das Bauressort herangetreten sei. Das Problem sei länger absehbar gewesen, man hätte deutlich früher mit der Umsetzung beginnen können oder auch alte, leer stehende Gebäude dafür herrichten, wie zum Beispiel in der Reepschlägerstraße.

Herr Viering berichtet, dass die Thematik seit dem Sommer im Ressort bekannt sei. Es sei sehr unwahrscheinlich, dass man das Verfahren auch auf die Ergänzungsbauten anwenden könne. Der Rechnungshof hinterfrage schon, ob dies bei den Mobilbauten hinreichend gut begründet sei. Das Konzept des Bildungsressorts sehe vor, dass die Mobilbauten dort aufgestellt werden, wo schon Schulen und die erforderliche Infrastruktur wie Mensen, Sporthallen etc. vorhanden seien, was bei leerstehenden Gebäuden selten der Fall sei.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Senatsvorlage „Maßnahmen zur zeitnahen Bereitstellung von Klassenraumkapazitäten in der Stadtgemeinde Bremen - Verfahrensvereinfachung zur Bereitstellung der zusätzlichen Kapazitäten für das Schuljahr 2018 / 2019“ gemäß der Anlage zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Aussetzung der Punkte 3.3.2.3, 3.3.2.4, 3.3.2.7 und 3.3.2.8 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben bei der Bereitstellung der zusätzlichen Kapazitäten bis zum 31.12.2019 zu. Anstelle der in den genannten Punkten beschriebenen Verfahren werden folgende Ausnahmen eingeführt:*
 - Bei Neubau sowie Sanierungs-, Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Wert unter dem Schwellenwert für Bauvergaben gem. VGV liegt, wird auf die Vorlage einer EW-Bau verzichtet. In diesem Fall ist die erweiterte ES-Bau gem. Lph. (3) HOAI zu erstellen.*

- Bei Neubaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Schwellenwert über dem Wert für Bauvergaben gem. VGV liegt, wird zusätzlich zur ES-Bau die Erstellung einer EW-Bau gefordert. In diesem Fall ist die ES-Bau für Neubauten als Vorentwurf gem. Lph. (2) HOAI zu erstellen.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Aussetzung des Punktes 3.3.3.1 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RLBau) für Mobilbauten bis zum 31.12.2018 zu. Eine Ausschreibung durch die Immobilien Bremen AöR kann dann erfolgen, wenn:

- a. von Seiten der Senatorin für Kinder und Bildung eine schriftliche Bestellung vorliegt,
- b. die Durchführung eines Startergesprächs geschehen ist,
- c. ein zwischen der Senatorin für Kinder und Bildung und der Immobilien Bremen AöR abgestimmtes Raumprogramm vorliegt,
- d. die Erstellung einer Grundriss- und Standortplanung erfolgt ist,
- e. die weitere Erstellung der ES-Bau kann dann parallel zum Ausschreibungsverfahren durchgeführt und beendet werden.

Einstimmig

TOP 12	Erhöhung der Gesellschafteranteile der Stadtgemeinde Bremen an der Bremer Energie-Konsens GmbH -21-	Vorlage 19/347
-------------------	---	---------------------------

Frau Dr. Schaefer bedauert, dass sich die EWE Vertrieb GmbH komplett zurückziehe und die swb AG ihren Anteil deutlich verringere. Die vorgeschlagene Lösung sei erst mal gut, aber man müsse sich Gedanken machen, wie es ab 2019 mit der Bremer Energie-Konsens weitergehen solle. Die Bremer Energie-Konsens leiste eine sehr gute Arbeit, gerade bei der Beratung von Unternehmen und von Bauherren.

Auch **Herr Strohm** betont, dass die Bremer Energie-Konsens hervorragende Arbeit leiste.

Herr Buchholz erklärt, dass seine Fraktion der Erhöhung der staatlichen Anteile nicht zustimmen könne. Er fragt, ob der offene Anteil von 0,3% an eine Privatperson oder eine Person des öffentlichen Rechts gehen solle.

Frau Kamp berichtet, dass diese 0,3 % auch dem Förderverein zugeschlagen werden sollten, allerdings vorbehaltlich einer rechtlicher Klärung, da der Gesamtanteil des Fördervereins nicht dem öffentlichen Anteil insgesamt zugeschlagen werden dürfe.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Anpassung der Gesellschafterstruktur der Bremer Energie-Konsens GmbH entsprechend der anliegenden Senatsvorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Aufstockung der Anteile der FHB an der Energiekonsens um 39,8 Prozentpunkte auf 49,9 % durch Übernahme zusätzlicher Anteile zum Nennwert im Höhe von 20.696 Euro zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Vorlage über die Senatorin für

Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten, um die Finanzierung und die haushaltsrechtlichen Beschlüsse für die Aufstockung der Anteile an der Bremer Energie-Konsens herbeizuführen.

*Zustimmung
bei Enthaltung der Fraktion der FDP*

TOP 13	Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2017 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung -252-	Vorlage 19/303
---------------	---	-----------------------

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass in der Druckfassung eine falsche Vorlagennummer stehe. Korrekt sei die Vorlagennummer 19/303.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Bestellung der Fides Treuhand GmbH & Co. KG, Bremen, zur Prüferin des Jahresabschlusses 2017 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall) zu.

Einstimmig

TOP 14	Sanierungsgebiet Hemelingen – Schlengpark Nord -300-	Vorlage 19/323
---------------	--	-----------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorliegenden Entwurfsplanung für die Herstellung des Schlengparks Nord gemäß Bebauungsplan 2307 zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der dargestellten Finanzierung zu.*

Einstimmig

TOP 15	Grünanlage Stephani -300-	Vorlage 19/334
---------------	-------------------------------------	-----------------------

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorliegenden Entwurfsplanung für die Umgestaltung der Grünanlage Stephani zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der dargestellten Finanzierung zu.*

Einstimmig

TOP 16	Landschafts- und Naherholungsstrategie der Region Bremen -7-1-	Vorlage 19/335
---------------	--	-----------------------

Herr Imhoff erklärt, dass damit Entwicklungschancen in Bremen teilweise eingeschränkt werden könnten, ebenso die Erhaltung der Entwicklung der Naturlandschaft. Es sei nicht abzuschätzen, inwieweit die Nachbargemeinden Einfluss auf den Biotopverbund und die naturfachlichen Ausweisungen in Bremen haben könnten, daher werde sich die CDU enthalten.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf der Landschafts- und Naherholungsstrategie inhaltlich zu und ermächtigt die Vertreterinnen und Vertreter in der Mitgliederversammlung, dem regionalen Gesamtbeschluss zuzustimmen. Der regionale Gesamtbeschluss umfasst die Ziele der Strategie, die Einrichtung der Koordinierungsstelle einschließlich der beschriebenen Evaluationsschritte und ihre Finanzierung.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Entwurf der Landschafts- und Naherholungsstrategie inhaltlich zu und ermächtigt die Vertreterinnen und Vertreter in der Mitgliederversammlung, dem regionalen Gesamtbeschluss zuzustimmen. Der regionale Gesamtbeschluss umfasst die Ziele der Strategie, die Einrichtung der Koordinierungsstelle einschließlich der beschriebenen Evaluationsschritte und ihre Finanzierung.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 17	Verankerung der Grünordnungsplanung in Bremen -04 -	Vorlage 19/183
--------	--	-------------------

Frau Dr. Schaefer begrüßt, dass mit der Grünordnungsplanung Belange wie Baumbestände, Lebensräume für Tiere und Pflanzen, Stadtklima und Niederschlagswasser in die Planungen einfließe.

Herr Oertel führt aus, dass die Grünordnungsplanung ein ganz zentrales Thema im Bremischen Naturschutzgesetz sei. Der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm wurden in der Deputation bzw. in der Bürgerschaft verabschiedet und die Darstellung „Grünschräffur“ darin verankert. Die Grünordnungsplanung habe die Aufgabe, die Darstellungen des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms in die Stadtrealität umzusetzen. Er habe den Wunsch, ein einziges Wort in der Vorlage zu ändern: auf Seite 7, dritter Absatz, stehe: „...Grünordnungspläne sollen ...erarbeitet werden...“ dies sollte geändert werden in „...Grünordnungspläne sind zu erstellen ...“. In der Realität würden Grünordnungspläne nur kleinere Teile des Stadtgebietes betreffen. Beispiele seien der Ellener Hof oder die Gartenstadt Werdersee, auch auf das Hulsberg- Viertel könne man unter diesem Aspekt schauen. Grünordnungsplanung sei kein Novum, sondern werde bereits „gelebt“. Daher stelle sich die große Frage, warum „sollen“ und nicht „wird“ im Sinne einer Verbindlichkeit. In der Vorlage werde sehr präzise abgeschichtet, wann ein Grünordnungsplan erstellt werde. Es entstehe doch der Eindruck, wenn ein privater Investor das Geld mitbringe, dann werde der Grünordnungsplan in Bremen Wirklichkeit. Wenn ein solcher privater Investor nicht vorhanden ist, dann sollen Grünordnungspläne erstellt werden. Aber ob das auch erfolgt, werde mit dieser Vorlage nicht beantwortet. Als Bürger ist er der Meinung, die: Stadtgemeinde sollte eine Vorbildfunktion haben. Man erwarte bei den vorhabenbezogenen Bebauungsplänen von den Privaten etwas, daher sollte man dies auch für sich selbst als Rahmen setzen.

Herr Imhoff erinnert daran, dass die CDU dem Landschaftsprogramm und dem Flächennutzungsplan nicht zugestimmt habe, weil dort die falschen Prioritäten gesetzt werden und gerade die Grünschräffur Risiken berge. Das Landesstraßengesetz wurde geändert, für Umweltschutz könne jetzt enteignet werden und nun komme ein Grünordnungsprogramm. Wenn Veränderungen im Bereich des Landschaftsbildes vorgenommen werden, betreffe dies nicht nur

Großbauvorhaben, die Grünschraffung im Flächennutzungsplan betreffe auch kleinteilige Strukturen in den Randbereichen von Bremen, wie z.B. in Oberneuland. Dies sei ein Bauhindernis, eine Gängelung und eine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger. Daher werde seine Fraktion diese Vorlage ablehnen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bei der Vorbereitung künftiger städtebaulicher Planungen die im Abschnitt g des Berichts dargelegten Kriterien zur Entscheidung über das Erfordernis eines Grünordnungs-plans unter Berücksichtigung möglicher Refinanzierung durch Planungsträger anzuwenden.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in einem Jahr über die aus Anlass von städtebaulichen Planungen erarbeiteten Grünordnungspläne als Referenzprojekte für die Stadtquartiere zu berichten.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bei städtebaulichen Vorhaben, die ohne Aufstellung eines Bebauungsplans realisiert werden sollen, im Einzelfall über die Erforderlichkeit eines Freiflächen-gestaltungsplans unter Berücksichtigung der Refinanzierung durch die jeweiligen Planungsträger zu entscheiden.

Zustimmung
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

TOP 18	Finanzierung der Anstalt öffentlichen Rechts „Die Bremer Stadtreinigung“ hier: Mittel aus dem Wirtschaftsplan SV Infrastruktur	Vorlage 19/351
	-1-	

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Sachstand zur Finanzierung der AöR „Bremer Stadtreinigung“ zur Kenntnis und stimmt der dargestellten Umsetzung im SV Infra zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet um zeitnahe erneute Befassung zur Neuordnung der Haushaltsstellen, die die Erkenntnisse des Wirtschaftsplans 2018 für die AöR und die damit inhaltlich notwendige Anpassung des Wirtschaftsplans für das SV Infra beinhaltet.

Zustimmung
gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP

TOP 19	Planung und Bau der A 281, der B 212n und der B 6n - Neuberechnung der Planungs- und Baukosten	Vorlage 19/350
	-5-	L/S

Siehe auch Protokoll der 23. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 30.11.2017.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt den Bericht über die Veränderungen bei den Kosten für die Planung und den Bau der A 281 sowie der vorbereitenden Planungen der B 212n und der B 6n zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt der Finanzierung und der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung für die Planungen der A 281, B 212n und B 6n bis Ende 2020 in Höhe von 8,82 Mio. EUR zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die haushalts-rechtliche Zustimmung über die Senatorin für Finanzen im Haushalts- und Finanzausschuss herbeizuführen.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr über den Fortschritt der einzelnen Projekte und Bauabschnitte sowie die Baukostenentwicklung zu berichten und ggf. aus-stehende Beschlüsse in Zusammenhang mit den Verhandlungen mit dem Bund herbeizuführen.

Einstimmig

TOP 20	Berichte der Verwaltung	
TOP 20a	Darstellung der Möglichkeiten des Scoutings und der systematischen Co-Finanzierung von möglichen Projekten/ Wettbewerben -1-	BdV schriftlich

Herr Saxe ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Gemeinde Kopenhagen habe zum Beispiel eine ganze Abteilung, die systematisch Gelder aus Programmen akquiriere. Es sei für Bremen und Bremerhaven sehr wichtig, dort, wo es sinnvoll ist, auch Fördermittel zu bekommen. Es gebe in diesem Ressort und vermutlich auch in den anderen kein systematisches Scouting dafür. Die haushaltssystematischen und personellen Probleme seien bekannt, trotzdem werde er dafür, mehr zu machen. Die Energiekonsens z.B. sei sehr fit darin, solche Förderanträge zu stellen. Man müsse sich dem Thema mit einer Anhörung widmen, um zu sehen, welche Erfahrungen andere Städte haben und dann im Sinne von best Practice schauen, was man für Bremen übernehmen könne.

Frau Sprehe findet, dass dies zukünftig mehr organisiert erfolgen müsse, entweder durch eine gesonderte Stelle oder durch interne Regelungen. Bei jeder Maßnahme, die geplant werde, müsse geprüft werden, ob es entsprechende Förderprogramme gibt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 20b	Sachstand zum Brückenneubau an der Anschlussstelle Huchting auf Höhe der Heinrich-Plett-Allee -ASV-	BdV schriftlich L/S
----------------	---	----------------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 21	Verschiedenes	
---------------	----------------------	--

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Festsetzungen im BPlan 943	Berichtsbitte von Frau Neumeyer (liegt schriftlich vor)	Geplant am 18.01.2018
Baumnachpflanzungen im Zusammenhang der Umgestaltung der Osterstraße	Berichtsbitte von Frau Dr. Schaefer	Geplant am 14.12.2017
Stand Evaluierung Zentren- und Einzelhandelskonzept → 7	Frau Sprehe	März 2018

Herr Pohlmann schließt die 23. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll